

Neuformiertes Machtkartell und die Linke in der Schweiz

Autor(en): **Eberle, Willi / Schäppi, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 46

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652043>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neuformiertes Machtkartell und die Linke in der Schweiz

Die Wahl der Rechtsausser-Politiker Christoph Blocher (SVP) und Hans-Rudolf Merz (FDP) in den Schweizer Bundesrat im Herbst 2003 darf nach unserer Einschätzung nicht als „Betriebsunfall“, als chauvinistischer Fehltritt auf dem ansonsten geradlinigen Weg der Modernisierung und Globalisierung missverstanden werden. Die Wahl ist nur vor dem Hintergrund der Veränderung ökonomischer, sozialer und politischer Kräfte im nationalen und vor allem im internationalen Rahmen überhaupt zu verstehen. Das Ende des „Fordismus“ und die Herausbildung des Regimes der flexiblen Akkumulation (Eberle/Schächli 2002) ist begleitet von weitreichenden Veränderungen in der internen Organisation und der Hierarchie der internationalen und nationalen Machtkartelle der Bourgeoisie und den Ausprägungen des Klassenkonfliktes. Die dabei eingeleitete Verschiebung der Entscheidungsmacht zugunsten des grossen Kapitaleigentums verdüstert zunehmend die Alltagswirklichkeit der Klasse der Lohnabhängigen, der RentnerInnen, der Arbeitslosen, ImmigrantInnen und der Marginalisierten. Die in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen, in den Konzernen, in den politischen und immer wichtigeren militärischen Machtzentren getroffenen Entscheidungen wirken sich immer deutlicher als Bedrohung und Zerstörung der Arbeits- und Lebensbedingungen weiter Teile der Weltbevölkerung aus.

In unserem Beitrag interpretieren wir die Resultate der eidgenössischen Wahlen vom Herbst und Winter 2003 vor dem Hintergrund der Neubündelung der Kräfte des bürgerlichen Machtkartells um eine nationalchauvinistische, autoritäre und wirtschaftsliberale Stossrichtung, wie sie von der SVP seit ca. zwei Jahrzehnten am deutlichsten formuliert wird (Kap.1). Es stellt sich aber auch die Frage nach den Problemen der Linken, denen es bisher nicht gelungen ist, dem seit einigen Jahren wachsenden Widerstand gegen das neoliberale Projekt zukunftsweisende politische Inhalte zu geben und ihn wirksam zu organisieren (Kap.2). Schliesslich möchten wir die Möglichkeiten diskutieren, wie in der Schweiz eine konsequent antikapitalistische und antiimperialistische Linke aufgebaut werden kann. Nur eine solche Kraft wäre in der Lage, eine alternative Entwicklung einzuleiten (Kap. 3).

Die Neuformierung des bürgerlichen Machtkartells

Die Agenda der politischen Eliten in der Schweiz ist traditionell durch die Prioritäten der international agierenden Kapitalfraktionen bestimmt, insbesondere der Banken, der Versicherungen, der internationalen Handelsgesellschaften und der Exportindustrie (Guex et al. 2003; Müller et al, 2004). Diese bestimmen mit ihren Interessenverbänden, insbesondere dem Vorort,

der heutigen Economiesuisse, die Aussenhandelspolitik und damit im wesentlichen auch die Aussenpolitik der Schweiz. Der Einfluss des Parlaments und des Volkes auf die Aussen- und Aussenhandelspolitik war und ist bis heute äusserst gering. Frappierend ist in der Schweiz der Widerspruch zwischen den Grundmaximen der Aussenpolitik, nämlich der Nationalen Unabhängigkeit und der Neutralität, und der im Vergleich mit anderen Ländern ausgeprägten internationalen wirtschaftlichen Verflechtung (hoher Exportanteil am BIP, hohe Quote der Auslandsinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung, siehe Guex et al. 2003). Dieses Auseinanderklaffen von politischem Anspruch und wirtschaftlicher Verflechtung ist nur zu verstehen, wenn klar wird, was nationale Unabhängigkeit und Neutralität in Wirklichkeit bedeuten.

Da sich die Schweiz militärisch aus zwei Weltkriegen heraushalten konnte, erfüllte sie als „neutraler“ Staat eine wichtige Drehscheibenfunktion zwischen den verfeindeten Parteien. Beinahe immer gelang es der Schweizer Wirtschaft, einträgliche wirtschaftliche Beziehungen nach allen Seiten zu knüpfen und zu unterhalten. Die aussenpolitischen Maximen der nationalen Unabhängigkeit und Neutralität erwiesen sich für die wirtschaftlichen Eliten der Schweiz immer wieder als äusserst hilfreiches Instrument, Einschränkungen abzuwehren, welche die Offenheit der aussenwirtschaftlichen Beziehungen einzuengen drohten (Jost 1999). Dies erkannten und nutzten Schweizer Politiker aller Epochen – von Max Petitpierre bis zu Christoph Blocher. Gegenüber internationalen Institutionen wie der OEEC (heute OECD), dem GATT (heute WTO), dem Europarat, dem IWF, der UNO und der EWG (heute EU) vertraten der Bundesrat und die hinter ihm stehenden Interessenverbände stets dieselbe Haltung. Erst wenn völlig sicher war, dass diese Institutionen den wichtigen Kapitalfraktionen der Schweiz mehr wirtschaftliche Vorteile als Nachteile bringen würden, erachtete man – und das meist mit grosser Verspätung – einen Beitritt als opportun. Ethische Erwägungen spielten keine Rolle. Wenn sich aber die Schweiz mit dieser Haltung aussenpolitisch in eine schwierige Lage manövriert hatte, wie dies etwa nach dem 2. Weltkrieg der Fall war, vermochte sie immer auch die „edleren“ Ressourcen der Neutralität zu mobilisieren, so etwa die sogenannten „Guten Dienste“, das Rote Kreuz, den Einsatz für Frieden und Menschenrechte. Offensichtlich ist dies auch heute so: Die internationalen Aktivitäten der sozialdemokratischen Bundesrätin Micheline Calmeyer-Rey stossen selbst in rechtsbürgerlichen Kreisen auf einige Akzeptanz. Dagegen ist unseres Wissens bis heute kein Fall bekannt, in dem die Schweiz wirtschaftlichen Druck zur Durchsetzung der Menschenrechte ausgeübt hätte, wenn dabei die geringste Gefahr bestanden hätte, dass wirtschaftliche Interessen tangiert worden wären. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Verbindungen der Schweiz zum Apartheidregime in Südafrika.

Die Ansätze für eine Neubündelung der politischen Kräfte im schweizerischen Machtkartell gehen bis in die achtziger Jahre zurück. Auf dem Hintergrund der strukturellen Überakkumulationskrise und der Herausbil-

dung des Regimes der flexiblen Akkumulation seit Mitte der siebziger Jahre und der zunehmenden Konkurrenz im System des Imperialismus begann sich, international gesehen, die atlantische Einheit und innerhalb der einzelnen nationalen Gesellschaften Westeuropas der liberal-korporatistische Konsens aufzulösen. Mit Van der Pijl (1984) verstehen wir unter der atlantischen Integration und dem liberalen Korporatismus die Konzepte zur Organisation bürgerlicher Herrschaft und zum Zusammenschluss der Kapitalfraktionen im Zeitalter des Fordismus. Während im „Golden Age“ dank Wirtschaftswachstum und einem grossen Verteilungsspielraum in den Ländern des Zentrums und insbesondere der Schweiz verschiedenste Kräfte wie die international ausgerichtete liberale Bourgeoisie, die staatsinterventionistischen und protektionistischen bürgerlichen Kräfte wie etwa das Gewerbe und die Bauern, aber auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als „Juniorpartner“ in eine liberal-korporatistische Synthese integriert werden konnten, nahmen die Konflikte zwischen diesen Fraktionen zu. Ende des Fordismus hiess auch Ende des Klassenkompromisses, neue Arrangements für Auslandsinvestitionen, neue Kräfteverhältnisse im Innern eines Landes, aber auch neue Kräftefelder und neue Konkurrenten international, z.B. in der Peripherie, Ausdehnung des internationalen Kredits und Machtzuwachs des Finanzkapitals.

In der Schweiz spielte zwar, im Gegensatz zu anderen Ländern, das Finanzkapital – Banken und Versicherungen – neben den Grossfirmen der Exportindustrie (Maschinen und Chemie) immer eine dominierende Rolle. So gab es in der Schweiz nie eine keynesianische Wirtschaftspolitik im engeren Sinn; gesellschaftlich und politisch betrachtet existierte dennoch so etwas wie ein liberal-korporatistischer Konsens. Und auch in der Schweiz zerfiel dieser Konsens in den achtziger Jahren. Der international ausgerichtete liberale Flügel profilierte sich, zurückgefallen in die orthodoxe und reaktionäre Haltung der dreissiger Jahre, mit den Weissbüchern von 1991 und 1995. Und der ehemalige protektionistisch-staatsinterventionistische Flügel formierte sich unter der Führung von Blocher im Rahmen der SVP als politische Kraft mit nationalistischem und chauvinistischem Programm und autoritären, patriarchalischen Ordnungsvorstellungen.

Die Auflösung der liberal-korporatistischen Einbettung des Klassenkonflikts und der Zerfall der atlantischen Einheit vollzogen sich in Europa nicht als Rückbesinnung auf den Nationalstaat, sondern im Zuge der europäischen Integration; während die USA sich vorab unter republikanischen Regierungen (von Reagan bis Bush Junior) vom Multilateralismus verabschiedeten und dem Unilateralismus zuwandten. Im Zusammenhang mit dieser Blockbildung gewann auch in der Schweiz die Frage der Haltung zur EU erneut an Aktualität. Nach dem Zerfall der Sowjetunion schienen sich zudem für die Schweizer Investitionsgüterindustrie und die Finanzindustrie in Osteuropa neue Märkte und goldene Perspektiven zu öffnen. Die Frage stand in der Volksabstimmung über einen Beitritt der Schweiz zum EWR im Dezember 1992 zur Debatte. Während der Blocher-Flügel der Bourgeoisie den Beitritt bekämpfte, schwenkte mindestens ein Teil der international

ausgerichteten orthodoxen, innenpolitisch aber reaktionären Liberalen ins Lager der EWG-Befürworter ein. Ihnen schloss sich die Sozialdemokratische Partei während der Präsidentschaft Bodenmanns an – im verhängnisvollen Glauben an ein mögliches politisches Bündnis.

Die neunziger Jahre setzten diesen Illusionen ein rasches Ende. Und dies nicht nur wegen dem historisch entscheidenden Erfolg Blochers in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992. Statt im Osten „blühende Landschaften“ aufzubauen, versank die europäische Wirtschaft im Zeitraum 1991 bis 1995 in der tiefsten Rezession und Stagnation seit den dreissiger Jahren. Umstrukturierungen und Entlassungen führten auch in der Schweiz nicht nur zu einer weiteren Schwächung der fordistischen Sektoren, d.h. der Maschinen-, Metall-, Textil und Bekleidungsindustrie. Die trotz Krise und Rezession rigoros verfolgte Stabilitätspolitik stärkte zudem die Aussenorientierung des Finanzkapitals und der Pharmazeutischen Industrie in Richtung USA und Ostasien, dies auf Kosten der Binnenwirtschaft. Schon wenige Tage nach der erfolgreichen Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge I gab der Interessenverband der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie bekannt, dass sich ein EU-Beitritt definitiv erübrigt habe. Wie das Finanzkapital, so teilt auch dieser Industriebereich mit Blocher wenn nicht seine nationalistische, chauvinistische Ideologie, so doch das Interesse an einer Aequidistanz sowohl zur EU als auch zu den USA – mit einer tendenziell stärkeren Anbindung an den US-Imperialismus. Wichtiger als ein EU-Beitritt war dem orthodoxen neoliberalen Flügel, die Fusionen und Restrukturierungen dazu zu nutzen, wichtige gewerkschaftliche Bastionen in der Chemie, in den Grossbetrieben der Maschinenindustrie und der Luftfahrtindustrie entscheidend zu schwächen.

Das Ende der Geschichte ist bekannt. Die einst stolze orthodox-liberale Bourgeoisie, die Wirtschaftselite und politische Führungscrew der Schweiz, politisch vornehmlich in der FdP organisiert, erwies sich mehr und mehr als ein Club von Abzockern. Dank der systematischen Ausschaltung von demokratischen Kontrollmechanismen und Ansätzen zur partizipativen Führung nahmen in den Unternehmen Instabilität, Korruption, Abzockerei und Missmanagement zu. Gleichsam über Nacht stürzten einige Paradeponies der Schweizer Wirtschaft wie die Swissair, die Rentenanstalt oder die Zürich-Versicherungen vom Sockel. Darauf begann die politische Klientele der Wirtschaftsführer in FDP und CVP dahinzuschmelzen. Blocher hingegen hatte es geschafft, mit seiner nationalistischen, chauvinistischen und fremdenfeindlichen Mobilisierung der neoliberalen Politik für die nächste Phase eine Massenbasis zu verschaffen. Einerseits verstand er es, das rechtsextreme Potential der „Überfremdungsparteien“ sowie der Autopartei aufzusaugen. Auch machte er traditionelle Organisationen reaktionärer Provenienz wie die AUNS zu willfährigen Instrumenten der SVP. Andererseits vermochte er mit seinem populistischen Diskurs zugunsten nationaler Unabhängigkeit und gegen „Staatsbürokratie“ auch ehemalige linke WählerInnen anzusprechen. Dabei nutzten die Strategen dieser Konsolidierung der bürgerlichen Machtbasis geschickt die Mechanismen post-

moderner Konsenspolitik, die vielfältige lokale und individuelle Identitäten anspricht, statt demokratische Antworten auf die dringlichen Probleme und Fragen der materiellen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu geben. Es gelang ihnen damit, gerade die Schichten, die ab Mitte der 80er Jahre zu den Verlierern gehörten, als Massenbasis des Machtkartells heranzuziehen (Amin 1998; Harnecker 2000).

Blochers Wahl in den Bundesrat ist also Resultat einer Verschiebung im politischen Kräftefeld. Die Economiesuisse und führende Wirtschaftsvertreter wie z.B. M. Ospel von der UBS und A. Scherrer von Migros haben erkannt, dass derjenige unterstützt werden muss, der bürgerlich-neoliberaler Politik wieder eine Massenbasis verschaffen kann. Blochers Wahl in den Bundesrat war nötig zur Stabilisierung bürgerlicher Herrschaft in der Schweiz, auch wenn die SVP damit möglicherweise an Mobilisierungsmöglichkeiten verlieren wird. Neu und breiter abgestützt durch rechtsextreme und reaktionäre Kreise wagte es das Bürgertum sogar, mit Merz einen Exponenten des äussersten rechten Flügels des Wirtschaftsfreisinns in den Bundesrat zu wählen, der infolge seiner Verwicklungen in die Südafrika-Politik noch vor wenigen Monaten als Parteipräsident der FDP für unwählbar gehalten wurde. Mit dem von Blocher gepflegten Kult der im Grunde apolitischen, nur wirtschaftlicher Effizienz verpflichteten „Wirtschaftsführer“ konnten auch Leute angesprochen werden, die autoritären Lösungen in der Politik durchaus zugeneigt sind (vgl. Rentsch et al. 2004 aus dem Umfeld des Think Tank Avenir Suisse).

Die Linke: Wiederholung des verlorenen Jahrzehntes?

Die Bourgeoisie hat vorläufig ihre Position gestärkt, um das neoliberale Projekt mit einem autoritären Einschlag weiterzutreiben: Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für einen grossen Teil der Lohnabhängigen und RentnerInnen, Steuersenkungen, restriktive Budgetpolitik, Angriff auf die Altersvorsorge und die Invalidenversicherung, zerstörerische Verkehrspolitik, restriktive Migrationspolitik, Aufwertung der „inneren Sicherheit“, forcierte Privatisierung, Aufweichung der demokratischen Prozesse mit Verwaltungsreformen (NPM, Bologna-Modell im Bildungswesen) und anderes – dies sind die Diskussionsachsen, zu denen die bürgerlichen Parteien und Verbände konkrete Vorschläge lancieren, und die vielerorts bereits in die Realität umgesetzt werden. Darunter sind Programmpunkte, die bereits im ersten Weissbuch (1991) festgehalten wurden.

Diese beinahe ungehinderte Stärkung der Position der Kapitalinteressen über die vergangenen zwei Jahrzehnte hat seit Anfang der neunziger Jahre deutliche Spuren hinterlassen: Die Einkommen der 10 Prozent Schwächsten in der Schweiz sind seit 1990 um 12.6 Prozent gesunken, die Arbeitssituation ist für einen grossen Teil (ca. 45 Prozent) durch starken Stress gezeichnet, die Verunsicherung hinsichtlich Arbeitsplatz und Altersvorsorge hat mittlerweile auch privilegierte Segmente der Mittelschichten ergriffen. Aber auch Solidarleistungen des Staates wurden reduziert (Steuersenk-

kungen für Firmen und Reiche, Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung), das Gesundheitswesen wird immer unsozialer und die Altersvorsorge genügt für die unteren Einkommen immer weniger; in der Verkehrspolitik entfernt sich die Realität immer weiter von den Zielsetzungen der Alpeninitiative. Der Anteil einer dünnen reichen Schicht am Volkseinkommen und am Volksvermögen steigt stetig an, während für 90 Prozent der Erwerbstätigen die neunziger Jahre eine Verminderung oder Stagnation des verfügbaren Einkommens brachte (Udry 2004).

Der institutionelle Teil der Linken, insbesondere die SPS und die Grünen, aber auch der neokorporatistische Teil der Gewerkschaften, vermochten dieser Entwicklung bis heute wenig entgegenzusetzen. Auch dies hat seine Vorgeschichte. Das politische System der Schweiz ist für die Interessen der Arbeitgeber, der Exportindustrie und des Finanzkapitals sehr gut handhabbar, während die Massenorganisationen der Linken (Sozialdemokratie, Gewerkschaften, seit den 90er Jahren die Grünen) institutionell auf verschiedenen Ebenen in den liberal-korporatistischen Konsens eingebunden werden konnten. In der Wirtschaftskrise 1974/75 bewährte sich diese strukturelle Eigenheit noch ausgezeichnet, indem in gegenseitigem Einverständnis die Kosten der Krise auf die schwachen Segmente der Arbeiterklasse, auf AusländerInnen und Frauen abgewälzt werden konnten. Aber auch in der Schweiz wurde in den achtziger Jahren, wie in den meisten Ländern Europas, der liberal-korporatistische Konsens zunehmend in Frage gestellt. Während der frühere staatsinterventionistische und protektionistische Flügel die Linksparteien und die Gewerkschaften vermehrt frontal anzugreifen begann (erinnert sei hier an den Textilindustriellen Adrian Gasser (GBI 1994) und an den Unternehmer Christoph Blocher in der Auseinandersetzung um die Löhne in der Ems-Chemie), tendierte der international ausgerichtete, neoliberale Flügel des Bürgertums in den achtziger Jahren eher zu korporatistischen Lösungen; und daran waren auch die SPS und die meisten Gewerkschaften interessiert.

Das Umfeld solcher Lösungsstrategien hatte sich aber verändert. Mit dem Scheitern der französischen Regierung Mauroy und ihrer keynesianischen Wirtschaftspolitik gewann in der europäischen Linken die Vorstellung an Gewicht, dass eine Erneuerung des Korporatismus in Europa nunmehr auf supranationaler Ebene möglich sei. Unter der EU-Präsidentschaft von Jacques Delors wurde ab Mitte der achtziger Jahre ein neuer europäischer Wettbewerbskorporatismus formuliert und im Zuge der weiteren europäischen Integration vorangetrieben. Seither versucht man mit Erfolg, die Linke über die europäische Integration an die neoliberale Politik zu binden (Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Senkung der Sozialkosten, Umbau des Steuersystems, Liberalisierung der Märkte, Privatisierungen). Dieser „Pakt der Vernunft“ (so der Topmanager Alex Krauer) richtet sich nicht nur gegen die nationalistische konservative Rechte, sondern auch gegen den verbliebenen systemkritischen Teil der Linken, der als „konservativ“ ausgegrenzt wurde.

Dieser Zusammenhang von europäischer Integration und der Einbindung der Linken in einen Wettbewerbskorporatismus spiegelt sich in der Schweiz am deutlichsten im SPS-Wirtschaftsprogramm von 1993, das von unserer Seite als „modernisierter Nationalkorporatismus“ kritisiert wurde (Schäppi 1993). Neoliberale Projekte wie die Mehrwertsteuer, Liberalisierungen und Privatisierungen wurden in der Praxis mitgetragen – immer mit der Absicht, diese „intelligent“ sozialverträglich auszugestalten. Heute ist offensichtlich, dass diese Strategie die Linke in eine Sackgasse geführt hat, da das Schweizer Kapital insbesondere nach dem Abschluss der Bilateralen Verhandlungen I kein Interesse mehr an einem solchen Pakt hat. Vom Bündnis der SPS mit dem „liberalen“ Flügel des Kapitals um Krauer, Schmidheiny, de Pury, Steinegger und anderen blieb so nichts als die neoliberale Wende in der Sozialdemokratie übrig. Zu dieser Wende gehören die konsequente Ausrichtung der SPS auf die professionellen Mittelschichten, die Abwanderung von stimmberechtigten Lohnabhängigen ins SVP-Lager und das unbeirrte Festhalten am Korporatismus und an der Regierungsbeteiligung der SPS.

Aber auch anderen Gruppierungen gelang es in den achtziger und neunziger Jahren nicht, eine linke Kraft aufzubauen, die Perspektiven ausserhalb des Konsensgefüges mit dem Machtkartell aufzeigen könnte. Die Grünen, die 1983 gegründet wurden, hegten eigentlich nie eine solche Absicht, da sie ihre politischen Schwerpunkte kaum je in den Themen sahen, die für den Alltag der Lohnabhängigen und Rentnerinnen entscheidend sind; auch verstanden sie Politik nie als Machtfrage. Ab Ende der 90er Jahren sind zwar leichte Verschiebungen nach links feststellbar, und es konnten Restbestände der alten radikalen Linken einverleibt werden, was aber keine grundsätzlichen Veränderungen zur Folge hatte. Die Struktur der Wählerschaft der Grünen ist jener der Sozialdemokratie sehr ähnlich – die schlechtergestellten Lohnabhängigen sind in diesen beiden Parteien immer weniger zu finden. Die Integration der Grünen in politische Institutionen – in Zürich, Bern, Lausanne, Genf, Neuchâtel, Zug (SGA) – führte denn auch zu Rollenproblemen, die jenen der SPS ähnlich sind.

Erst gegen Ende der 90er Jahre gibt es auch in der Schweiz Anzeichen einer neuen politischen Dynamik im Lager der Linken, und zwar jenseits des institutionellen Konsenses (Eberle/Schäppi, 2002). Diese Entwicklung ist zum Teil beeinflusst von der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Von Bedeutung sind die Demonstration gegen die WTO 1998 in Genf, anlässlich der das internationale Netzwerk „Peoples Global Action“ gegründet wurde, und die verschiedenen Mobilisierungen gegen das WEF in Davos sowie gegen den Gipfel in Evian 2003. Was bis heute die globalisierungskritische Bewegung kennzeichnet, sind die grosse Beteiligung von Frauen (Marche Mondiale des Femmes) und von Jugendlichen, die starken basisdemokratischen Tendenzen und die Breite der behandelten Themen. Einen Höhepunkt erreichten die Mobilisierungen bisher ohne Zweifel in den Aktionen gegen den Irak-Krieg im Frühjahr 2003. Es gibt aber auch Anzeichen einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung, wenn

wir an die Kampagne gegen die Tieflöhne, an die Bewegung im Gesundheitswesen, an die Streiks in den Wäschereien oder an die grosse und erfolgreiche Mobilisierung im Bau für die vorzeitige Pensionierung mit 60 Jahren denken. Auch haben sich die Gewerkschaften gegenüber den neuen sozialen Bewegungen geöffnet, wenn wir an die Unterstützung der Anti-WEF-Aktionen im Januar 2003 durch die GBI denken. Dass dabei die GBI prominent und konsequent auf der Seite des Widerstandes gegen die Repression Position bezog, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Formierung einer Gegenmacht in der Schweiz. Ein wichtiger Erfolg auf politischer Ebene war sodann die Verhinderung des Elektrizitätsmarktgesetzes, wobei die institutionelle Linke (SPS, GPS) nicht geschlossen auftrat; vielmehr war dies weitgehend ein Erfolg der Gewerkschaften und der Kräfte links von der SPS und der GPS.

Verschiedene Faktoren konterkarieren jedoch sowohl die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften wie auch der Antiglobalisierungsbewegung in der Schweiz: Einerseits ist noch unklar, ob die kämpferische Haltung der GBI im Gefolge der Fusion von GBI, SMUV und VHTL zur neuen interprofessionellen Gewerkschaft UNIA beeinträchtigt wird, oder ob sie auf weitere Gewerkschaftskreise übergreifen wird. Andererseits haben die Gegensätze innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung, vor allem ihre anarchistische und autonomistische Verfasstheit, aber auch die Unklarheit über die sogenannte Gewaltfrage, zur Schwächung von Ansätzen einer zentral koordinierten Aktionseinheit geführt. Der Druck auf die neoliberale Politik sank in der Folge, was z.B. anlässlich der unkoordinierten Aktionen gegen das WEF 2004 manifest wurde. Auch die Mobilisierung gegen den Irak-Krieg verlor in der Schweiz im Laufe des letzten Jahres an Kraft. Die am Europäischen Sozialforum in Paris und am Weltsozialforum beschlossene Mobilisierung vom 20. März 2004, ein Jahr nach Beginn des Irak-Kriegs, wurde von der SPS überhaupt nicht und von den Gewerkschaften nur wenig unterstützt.

Die Stimmengewinne von SPS und GPS bei den nationalen Wahlen 2003 sind vermutlich weniger als Zustimmung zur Politik dieser Parteien denn als Alarmsignal der Wählenden zu werten, die einen weiteren Durchmarsch der national-chauvinistischen Rechten befürchteten. Gerade in Zeiten der Aufsplitterung und der Stagnation von emanzipatorischen Bewegungen erhalten die institutionellen und bürokratischen Parteien eine starke disziplinarische Kraft. Während die Rechte eine Synthese zwischen reaktionärer Massenbasis und Parteaufbau zustande brachte, hat die Linke diesbezüglich grosse Probleme: Die institutionellen Parteien (SPS, GPS) haben die neuen Bewegungen entweder ignoriert oder punktuell für elektorale Zwecke instrumentalisiert. Und in den Gewerkschaften, die sich selbst als soziale Bewegungen definieren müssten, um neue Perspektiven zu entfalten, gewinnen in schwierigen Situationen oft ebenfalls bürokratische Reflexe die Oberhand.

Probleme und Perspektiven linker Politik

Eine andere Welt ist möglich – diese gegen M. Thatcher's TINA („There Is No Alternative“) gemünzte Losung des Weltsozialforums 2002 leitet inzwischen den globalen Widerstand. Soll eine andere, gerechtere, solidarische und demokratischere Welt entstehen, müsste auch die Schweizer Linke der neuformierten Machtbasis der Bourgeoisie wirksamen Widerstand entgegensetzen. Denn, wie oben dargelegt, haben sich bei der Neuformierung des Machtkartells diejenigen Sektoren konsolidiert, die in der Ausbeutung der Gesellschaften im Trikont eine strategische Rolle spielen: die multinationalen Konzerne und die Finanzindustrie. Es sind auch die Kräfte, welche die neoliberale Agenda in der Schweiz am aggressivsten weitertreiben, welche die materiellen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, RentnerInnen, ImmigrantInnen und Marginalisierten angreifen und die demokratischen Einrichtungen in der Schweiz auszuhöhlen versuchen (s. Straubhaar 2004). Der Aufbau einer interventionsfähigen Linken kann in der Schweiz nur gelingen, wenn sie die materiellen Interessen der Bevölkerungsmehrheit wahrnimmt; nicht aber, wenn sie aus diesem oder jenem Anlass Bündnisse mit Teilen der Bourgeoisie eingeht, wie dies die SPS in der Europafrage (Bodenmann 2004) oder SPS und GPS in der Ausrichtung auf modernisierungsfreundliche professionelle Mittelschichten versuchten.

Die grosse Schwierigkeit in diesem politischen Emanzipationsprozess besteht darin, die unterschiedlichsten kämpferischen Strömungen in den Gewerkschaften, in den NGOs, in den nicht-elektoralistisch orientierten Nischen von GPS und SPS, in Kräften wie Alternative Listen, Solidarité, Mouvement pour le Socialisme, PdA et al. zusammenzuführen und gemeinsame Projekte mit internationalistischer und systemverändernder Perspektive einzuleiten. Die Lösung dieses Problems wird in der konkreten politischen Arbeit immer dringlicher. Ansätze dazu sind vorhanden, etwa in der Schaffung der verschiedenen Sozialforen, thematischen Netzwerken und Arbeitsgruppen, wo sich AktivistInnen aus verschiedenen Organisationen zusammenfinden, um themenbezogene Kampagnen zu organisieren. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Kampf der Gewerkschaften für die Verteidigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und der Pensionierungsregelung (Pensionierung mit existenzsichernder Rente ab dem 60. Altersjahr); aber auch ihr politischer Kampf gegen Privatisierungen, gegen menschenverachtende Restrukturierungsprogramme in der Wirtschaft. Ferner gilt es die zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, unter anderem durch eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die Schaffung eines Strukturfonds, eine Entlassungssteuer und eine demokratische Industrie- und Infrastrukturpolitik. Nur im Zusammenwirken aller kämpferischen Kräfte und nur in grenzüberschreitender Zusammenarbeit können wir dem Druck neo-korporatistischer Arrangements entgegenwirken.

Mit dem Einsetzen einer globalen politischen Dynamik bilden sich neue Formen des Widerstands heraus, aber auch neue Lebens- und Produktionsverhältnisse, wenn auch vor allem in Bereichen, die nicht im Kernbereich der

Interessen der Machteliten und der imperialistischen Bourgeoisie liegen. Wo jedoch die vitalen Interessen des Imperialismus tangiert werden, wie etwa in der bolivarianischen Revolution in Venezuela, bei den Landbesetzungen in Brasilien, in Indien oder in Kolumbien, dort scheuen der US- und der EU-Imperialismus zusammen mit einheimischen Eliten nicht davor zurück, brutale und hinterhältige Methoden einzusetzen oder gar – wie im Irak, in Afghanistan und auf dem Balkan – neo-kolonialistische Herrschaftssysteme militärisch zu installieren. Sie werden dabei oft tatkräftig unterstützt von der Sozialistischen Internationale, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und anderen in den Imperialismus eingebundenen Organisationen. Entsprechend muss in der Schweiz die Solidarität mit dem Widerstand gegen den Neokolonialismus, z.B. im Irak, in Palästina und in anderen Weltregionen, aufgebaut und unterstützt werden. Auch in der Schweiz wächst die staatliche Repression gegenüber antikapitalistischen AktivistInnen und Organisationen, wie in den vergangenen Jahren z.B. anlässlich des WEF und des G8 Gipfels deutlich wurde. Dies stellt eine grosse Herausforderung an die grossen Organisationen dar, insbesondere an die Gewerkschaften, die den damit verbundenen inneren und äusseren Zerreissproben standhalten und Gegendruck aufbauen müssen. Auch von SPS und GPS ist zu fordern, dass sie mit ihrem institutionellen Gewicht die staatliche Repression gegen Linke, ImmigrantInnen, Sans Papiers, Marginalisierte etc. unterbinden und klar Position gegen die ausbeuterischen internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank, NATO und WTO beziehen.

In der Schweiz ist es schwierig, Forderungen der internationalen Solidarität gegen die aktuellen chauvinistischen Tendenzen politisch zu verankern. Gerade die professionellen Mittelschichten und die kleinen und mittelgrossen Unternehmen sind materiell an die Finanzindustrie, die multinationalen Konzerne, die Medien-, Beratungs- und Kulturindustrie gebunden (siehe Eberle/Schäppi, 2001). Obwohl angesichts der Krise der Finanzindustrie, der Auslagerung von Informatik und anderen hochqualifizierten Leistungen in Billiglohnländer und der Unsicherheit von Ersparnissen und Renten auch in den Mittelschichten die Verunsicherung wächst, werden sie wohl kaum als Träger einer internationalistischen, solidarischen Bewegung in Frage kommen. Vielmehr muss hier Aufbauarbeit geleistet werden über thematische Arbeitsgruppen und internationale Netzwerke, die eine kritische Öffentlichkeit über die globalen Praktiken der Konzerne herstellen. In der Schweiz müssen das Bankgeheimnis und die Besteuerung juristischer Personen einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden; zudem sind die Lobbyingstrukturen aufzudecken, die aus der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, aus dem Abbau in der Altersvorsorge und aus dem Bankgeheimnis ihren Profit ziehen. Selbstverständlich sollen SPS und GPS ihre Verankerung in den Institutionen nutzen, um hier den notwendigen Druck aufzubauen.

Dies genügt allerdings nicht, um eine autonome und nachhaltige antikapitalistische und antiimperialistische Politik entwickeln zu können. Dazu braucht es die Zusammenarbeit zwischen den und innerhalb der verschiedenen widerständigen Organisationen auf der Basis einer gemeinsamen pro-

grammatischen Diskussion um konkrete Projekte. Bedingungen dieser Zusammenarbeit sind ein radikales Demokratieverständnis, Gleichberechtigung und Verzicht auf avant-gardistische Führungsansprüche. Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber den sozialen Bewegungen deutlich weiter öffnen. Das skizzierte Vorgehen ermöglicht, die überfällige und entscheidende Organisationsdebatte aus ihrem abstrakten, elektoralistischen Horizont herauszulösen. So könnte das Aufbauprojekt einer antikapitalistischen, handlungs- und interventionsfähigen Linken mit konkreten politischen Projekten eine Massenbasis in der Schweiz gewinnen. Gleichzeitig könnte auf diese Weise die materielle und politische Unterstützung für die globalen Widerstandsbewegungen insbesondere im Trikont aufgebaut und gefestigt werden. Beides sind die unabdingbaren Voraussetzungen dafür, das arrogante Machtkartell der Schweizer Bourgeoisie wirksam in die Schranken zu weisen.

Literatur

- Amin, Samir, 1998: *Spectres of Capitalism. A Critique of Current Intellectual Fashions.* New York
- Bodenmann, Peter, 2004: Plädoyer für einen EU-Beitritt. *Die Wochenzeitung* Nr. 16, 15. April 2004. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2001: Politische Linke und Neue Mitte. Für eine Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage im Regime der flexiblen Akkumulation. In: *Widerspruch* Heft 41. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2002: Flexibilisierungspakt oder Sozialismus. Politische Perspektiven der Linken. In: *Widerspruch* Heft 43. Zürich
- GBI, 1994: Adrian Gasser. *Schwarzbuch. Kollbrunn und die Folgen.* Herausgegeben von der Gewerkschaft Bau und Industrie. Zürich
- Guex, Sébastien, 2004: Enjeux et problèmes de la politique commerciale de la suisse. In: Dirlwanger, Dominique / Guex, Sébastien / Pordenone, Gian-Franco: *La politique commerciale de la suisse de la Deuxième Guerre mondiale à l'entrée au GATT (1945-1966).* Zürich
- Harnecker, Marta, 2000: *La izquierda en el umbral del siglo XXI. Haciendo posible lo imposible.* México
- Jost, Hans Ulrich, 1999: Europa und die Schweiz 1945-1950. *Europarat, Supranationalität und schweizerische Unabhängigkeit.* Zürich.
- Müller, Margrit, 2004: Globalisierung als vielschichtiger Prozess. Einsichten aus historischer Sicht. In: Gilomen, Hans-Jörg / Müller, Margrit / Veyrassat, Béatrice (Hg.): *Globalisierung – Chancen und Risiken. Die Schweiz in der Weltwirtschaft 18.-20. Jahrhundert.* Zürich
- Rentsch, Hans / Flückiger, Stefan / Held Thomas / Heiniger, Yvonne / Straubhaar, Thomas, 2004: *Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz.* Zürich
- Saad-Filho, Alfredo, 2003: *Anti-Capitalism. A Marxist Introduction.* London
- Schäppi, Hans, 1993: Gegen einen modernisierten Nationalcorporatismus. Kritik am Entwurf des SPS-Wirtschaftsprogramms. In: *Widerspruch* Heft 26. Zürich
- Straubhaar, Thomas 2004: Zuviel Demokratie erschwert das Wachstum. *Basler Zeitung*, 15./16.5., Basel
- Udry, Charles-André, 2004: *La nouvelle Helvétie économique du gouvernement récemment tiré.* <http://www.alencontre.org/page/page2/16/01.html>
- Van der Pijl, Kees, 1984: *The Making of an Atlantic Ruling Class.* London